

**Antrag auf Zulassung zur Befähigungsprüfung für Seilbahnbedienstete
im Sinne des Dekretes des Landeshauptmanns vom 28. Mai 2021, Nr. 19.**

**Stempelsteuer beglichen
(Genehmig. Ag. d. Einnahmen BZ.
Prot. Nr. 53078/2013 vom 7.8.2013)**

An
Autonome Provinz Bozen - Südtirol
Abteilung Mobilität – Amt für Seilbahnen
Lh 3b, Silvius-Magnago-Platz 3
39100 Bozen (BZ)

Tel. 0471 41 46 00 – 01
E-mail: seilbahnen@provinz.bz.it
PEC: seilbahnen.funivie@pec.prov.bz.it

(Stempelsteuer im Wert von 16,00€ -
durch das ePays System zu bezahlen)

Antrag auf Zulassung zur Befähigungsprüfung für Seilbahnbedienstete

Der/die Unterfertigte (Nachname, Name),

Tel.: Email:

Steuernr.

--	--	--

--	--	--	--

--	--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--

ersucht

um die Zulassung zur Befähigungsprüfung in (1) Sprache für den Dienst
als (2) von (3)
gemäß den Bestimmungen des Dekretes des Landeshauptmanns vom 28. Mai 2021, Nr. 19.

Anstelle der Vorlage der entsprechenden amtlichen Bescheinigungen erklärt der/die Unterfertigte unter eigener Verantwortung (4):

- dass er/sie am in (Ort) geboren ist,
- dass er/sie in (PLZ, Ort, Strasse)
..... wohnhaft ist,
- dass er/sie die psycho-physischen Voraussetzungen laut Artikel 13, Absatz 2, besitzt,
- dass er/sie keiner Verurteilung unterliegt, welche als Nebenstrafe das Verbot der Ausübung eines Berufes oder eines Gewerbes vorsieht,

- dass er/sie im Besitze des Befähigungsnachweises Nr. für den Dienst als ⁽²⁾ von
⁽³⁾ ist,
- dass er/sie im Besitze des Führerscheines der Kategorie ist,
- dass er/sie bereits 3 Monate als Maschinist an einer Anlage gleicher oder höherer Kategorie gearbeitet hat (nur bei Betriebsleiterprüfung); Name der Betreibergesellschaft:

Der/die Gesuchsteller/in erklärt hiermit, dass die oben angegebene Stempelmarke ausschließlich für das vorliegende Dokument verwendet und im Sinne des Art 37 des DPR Nr. 642 von 1972 für 3 Jahre aufbewahrt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it
 PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it.

Datenschutzbeauftragte (DSB): Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: dsb@provinz.bz.it; PEC: ripd_dsb@pec.prov.bz.it.

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des Landesgesetzes vom 30. Jänner 2006, Nr. 1 und der dazugehörigen Durchführungsbestimmungen angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung Mobilität an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Mit der Unterschrift bestätigt der/die Gesuchsteller/in das beiliegende Informationsblatt über die EU-Verordnung 2016/679 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten zur Kenntnis genommen zu haben.

Durch die Unterschrift wird bestätigt, dass alle in den Übersichten dieses Antrages abgegebenen Daten der Wahrheit entsprechen und zur Kenntnis genommen, dass eventuelle falsche Erklärungen und Unterlagen sowie Urkundenfälschungen strafrechtlich verfolgbar sind. Durch die Unterschrift wird auch die Zustimmung für die Bearbeitung der sensiblen Daten gegeben.

Ort und Datum Unterschrift

Hinweise:

- (1) deutscher / italienischer - deutscher und italienischer
- (2) **2** = Maschinist - **1** = Betriebsleiter
- (3) **S/b** = Schleppliften mit niederer Seilführung - **S/a** = Schlepplifte - **M** = Sesselbahnen mit fixen Klemmen
C = Umlaufbahnen mit kuppelbaren Klemmen - **B** = Zweiseilpendelbahnen - **A** = Schrägaufzüge.
- (4) Vorgesehene Felder ausfüllen und nicht Zutreffendes streichen oder abändern.
 Unwahre Erklärungen, Falscherklärungen oder der Gebrauch von gefälschten Bescheinigungen werden gemäß Artikel 76 des D.P.R. vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, strafrechtlich verfolgt.

Zusätzliche Klärungen werden unter der Telefon Nr. 0471 - 414602 erteilt.